

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 22. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nach den mit dem Arbeitgeberschutzverband für das
deutsche Holzgewerbe in den nachstehend genannten Orten
abgeschlossenen Tarifverträgen treten daselbst
am 12. Februar 1910

folgenden Änderungen in den Lohn- und Arbeits-
bedingungen ein, auf welche wir unsere beteiligten Mit-
glieder hiermit verweisen.

Der Zentralvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes
infolge stattgefundener Verständigung eine gleich-
zeitige Bekanntmachung an die beteiligten Arbeitgeber-
verbände.

Bremen: An Stelle der 64stündigen tritt die
63stündige Arbeitszeit pro Woche mit Lohnausgleich.
Der Durchschnittslohn erhöht sich um 1 Pf. pro
Stunde.

Detmold und Lage: Die Arbeitszeit wird von bisher
50 Stunden auf 55 Stunden pro Woche verkürzt
mit Lohnausgleich.

Eisenach: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 57 Wochen-
stunden herabgesetzt. Der dadurch entstandene
Lohnausfall wird vom Arbeitgeber gedeckt und er-
folgt außerdem ein Aufschlag von 1 Pf. pro Stunde.
Der Mindestlohn beträgt sodann für Arbeiter im
zweiten Gesellenjahr statt bisher 87 Pf. jetzt 80 Pf.,
für alle übrigen statt bisher 48 Pf. jetzt 45 Pf.

Elberfeld: Auf sämtliche Löhne erfolgt ein Zuschlag
von 1 Pf. pro Stunde. Diese Lohnerhöhung findet
bei Akkordarbeit sinngemäß Anwendung.

Elbing: Für alle Arbeiter erfolgt eine Lohnerhöhung
um 2 Pf. pro Stunde. Die Akkordsätze erhöhen
sich entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne.
Der Mindestlohn steigt von 88 auf 85 Pf.

Gorssel: Der Stundenlohn erhöht sich um 1 Pf., der
Durchschnittslohn dementsprechend von 87 auf
88 Pf.

Hersford: Die Arbeitszeit wird von bisher 50 Stunden
auf 55 Stunden pro Woche herabgesetzt. Der ent-
stehende Lohnausfall wird von den Arbeitgebern
getragen.

Köln: Für die Baulöhner tritt an Stelle der
67stündigen die 66stündige Arbeitszeit in Kraft.
Der Ausfall am Wochenverdienst wird vom Arbeit-
geber getragen. Der Mindestlohn steigt von 86 Pf.
auf 87 Pf. die Stunde.

Stuttgart: Die Arbeitszeit wird von bisher 54 Wochen-
stunden auf 53 Stunden verkürzt.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Vorstandsvorsitzende.

Auf der Wacht.

Der Beschluß der Städtevertreter des Arbeitgeberschutz-
verbandes vom 24. Januar, eine Verhandlungskommission
einzusetzen, bedeutet den letzten Versuch
zur Verhütung einer Aussperrung. Das ist der
Inhalt der Bekanntmachung, welche der Vorstand des Ar-
beitgeberschutzverbandes an der Spitze der Nr. 5 der „Fach-
zeitung“ veröffentlicht hat. Der drohende Ton dieser
Bekanntmachung hat unseren Verbandsvorstand nicht verhindert, diese
Kommission abzulehnen. Die Gründe für diesen Be-
schluß haben wir in der vorigen Nummer ausführlich dar-
gelegt, und unsere Erwartung, daß die Kollegenschaft den
Beschluß des Verbandsvorstandes billigt, hat sich durchaus
erfüllt.

Inzwischen ist der Ablaufstermin der Verträge
herangerückt, und der Zeitpunkt wäre da, wo der Arbeit-
geberschutzverband seinen Aussperrungsbeschluß in die Tat
umsetzen könnte. Was jetzt ist das nicht geschehen, und
wenn man will, kann man das als einen erneuten Beweis
für die Friedensliebe der Unternehmer ansehen. Jeden-
falls wollen wir nicht verfehlen, die „Fachzeitung“ auf
dieses gravierende Moment hinzuweisen. Sie ist gegen-
wärtig so eifrig bemüht, die Unschuld der Unternehmer
an der Verschärfung der Situation in der Holzindustrie
nachzuweisen, daß sie jedes Argument, das sich für diesen
Zweck verwenden läßt, mit Dank akzeptieren dürfte. Auf
Grund unserer Kenntnis der Dinge wissen wir uns freilich
der Zurückhaltung des Arbeitgeberschutzverbandes anders
zu erklären. Diese Zurückhaltung erscheint uns keines-
wegs auffällig. Es liegt aber augenblicklich kein Ver-
dachtsmoment vor, auf diese Dinge näher einzugehen. —
Durchaus verfehlt wäre es aber, wollte man aus dem
Umfeld, daß der Ablaufstermin der Verträge verstrichen
ist, ohne daß die Unternehmer mit der Aussperrung be-

gonnen haben, schließen, daß nunmehr die Gefahr des
Ausbruches eines Kampfes überwunden wäre. Im Gegen-
teile! Die abgelassenen Verträge sind zwar stillschweigend
verlängert, aber auf unbestimmte Zeit. Das heißt, die
Dinge liegen nun so, daß der Kampf jeden Tag
eröffnet werden kann. Wir dürfen also noch
nicht abruhen, sondern müssen uns im Gegenteil noch
intensiver als bisher schon, auf den Kampf vor-
bereiten.

Gegen Ende der letzten Woche sind die Vertreter der
Zentralverbände zu neuen Beratungen zusammengetreten.
Bei diesen Verhandlungen handelt es sich darum, einen
Weg zu finden, der die Möglichkeit gewährt, aus der
gegenwärtigen, recht verworrenen Situation herauszu-
kommen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird
es abhängen, ob die Vertreter der einzelnen Städte später
nach Berlin berufen werden, um sich hier unter Aufsicht
der beiderseitigen Verbandsverbände über den materiellen
Inhalt des abzuschließenden Vertrages zu verständigen.
Über so weit sind wir vorläufig noch lange nicht. Die
Besprechungen zwischen den Vertretern der Verbands-
verbände haben erst eben begonnen, und ihr Ergebnis läßt
sich nicht voraussagen. Auch darf nicht verkannt werden,
daß der Weg zum Ziele noch mit Untiefen und Klippen
übersät ist, an welchen das Vertragsschifflein ganz un-
vermutet stranden kann. An manchen Orten bestehen Diffe-
renzpunkte, die vorläufig ganz unüberbrückbar erscheinen.
Über selbst für den Fall, daß man auch über die schwie-
rigsten Fälle hinweggekommen ist, bleibt die Gefahr, daß
das Schiff noch im Hafen zerfällt. Der Arbeitgeberschutz-
verband hat sich vorbehalten, daß die Gesamtheit
seiner Verbandsverbände an dem Schluß die
endgültige Entscheidung trifft. Die Möglichkeit muß sehr
ernsthaft in Betracht gezogen werden, daß diese Ent-
scheidung im ablehnenden Sinne erfolgt, wenn bei
den Einzelverhandlungen für unsere Kollegen nennens-
werte Zugeständnisse erzielt sind.

Alle diese Möglichkeiten muß man sich vor Augen
halten, wenn man den gegenwärtigen Stand der Tarif-
bewegung richtig würdigen will. So sehr wir wünschen,
daß sie zu einem gedeihlichen Resultat führen, so müssen
wir unsere Kollegen doch auf das angelegentlichste vor
jedem übertriebenen Optimismus warnen. Die Lage
ist nach wie vor außerst kritisch, und wir müssen
unser Verhalten so einrichten, daß wir in keinem Augen-
blick von den Ereignissen überrascht werden.

Neht merkwürdige Sorgen verrät im gegenwärtigen
Augenblick die „Fachzeitung“. Ihr ist es äußerst un-
angenehm, daß an verschiedenen Stellen auf die Tatsache
verwiesen wird, daß der Arbeitgeberschutzverband alle
Verträge gekündigt und damit verschuldet hat, daß das
Kampffeld den gegenwärtigen Umfang erhielt. Mit der
so angelegentlich verkündeten Friedensliebe der Unter-
nehmer ist ja auch diese Tatsache schwer vereinbar. Wir
haben übrigens auf dieses Moment von vornherein wenig
Wert gelegt, und der Vorwurf der „Fachzeitung“ richtet
sich auch zunächst gegen andere Stellen. Aber die „Holz-
arbeiter-Zeitung“ hat die dem Organ des Arbeitgeberschutz-
verbandes so unangenehme Feststellung ebenfalls,
wenn auch nur beiläufig, gemacht, deshalb trifft auch uns
der volle Bohn der „Fachzeitung“. Einen vernünftigen
Sinn können wir in dem ganzen Artikel, der nachweisen
soll, daß auch der Holzarbeiterverband in einer Reihe von
Städten den Vertrag gekündigt hat, nicht entdecken. Die
„Fachzeitung“ nennt damit nur offene Türen ein. Es
liegt uns so fern, die Tatsache zu bestreiten, daß auch
unsererseits eine Reihe von Vertragskündigungen erfolgt
sind, daß wir sogar in unserer Nr. 47 vom 20. November
1909 die Städte, in welchen der Vertrag von unseren
Kollegen gekündigt wurde, namentlich aufgeführt
haben. Mehrerlei Unklarheit kann man doch füglich nicht von
uns erwarten. Ueberdies wäre es auch ein ganz zweck-
loses Beginnen, eine so offenkundige Tatsache bestreiten
zu wollen.

Auf der anderen Seite ist es aber ebenso offenkundig,
daß der Arbeitgeberschutzverband alle bis
zum 1. April ablaufenden Verträge gekündigt
hat. Er wollte damit eine PreSSION auf uns ausüben.
Man rechnete damit, daß wir uns aus Furcht vor der
großen Aussperrung den Unternehmervünschen ohne
weiteres unterwerfen würden. Jetzt sind die Herren ent-
täuscht, weil wir uns durch ihren Popanz nicht schrecken
ließen. Aber diese Dinge liegen doch so klar, daß man
sich eine Diskussion darüber wirklich sparen kann.
Ebenso überflüssig ist es, daß die „Fachzeitung“ nun
schon zum wiederholten Male erwähnt, daß die Mitglieder

des Berliner Gesellenausschusses die Frage
des Obermeisters, ob die Gesellen den Vertrag auch im
nächsten Jahre ungekündigt lassen würden, gänzlich un-
beantwortet gelassen haben. Die Frage der Vertrags-
kündigung gehört nicht zur Kompetenz des Gesellen-
ausschusses, und das Schweigen der Kollegen dürfte wohl
dem Obermeister zum Bewußtsein gebracht haben, daß
seine Frage deplaziert war. Ganz abgesehen davon, daß
es nicht üblich ist, zur Frage der Kündigung schon fünf-
vierteljahr vor Ablauf des Vertrages Stellung zu nehmen.

Der „Fachzeitung“ ist es ein Herzensbedürfnis, gegen
den „Vorwärts“ zu polemisieren. Sie hat das wäh-
rend der gegenwärtigen Bewegung schon wiederholt ge-
tan, ohne daß wir es für nötig befunden haben, in diese
Polemik einzugreifen. Jetzt druckt sie wieder einen Ar-
tikel über unsere Tarifbewegung aus der Nr. 28 des
„Vorwärts“ vom Donnerstag, den 8. Februar, ab. Diesen
Artikel, den sie eine ungewöhnliche Scharfmacherei nennt,
bringt sie mit uns in Zusammenhang und fordert, daß
wir in ganz offizieller Weise von dieser Auslassung ab-
rücken sollen. An einer anderen Stelle wird ein Zu-
sammenhang zwischen diesem bösen „Vorwärts“-Artikel
und unserem Leitartikel in Nr. 6 in der Weise konstruiert,
daß die „Fachzeitung“ sagt: „Die Rollen waren also
richtig verteilt: Erst die Scharfmacherei im „Vorwärts“,
sich nicht durch Akzeptierung der Verhandlungskommission
an der Ehre kränken zu lassen. Und dann allföglig
hinterher der große Trumpf in der „Holzarbeiterzeitung“,
die Ablehnung des Vorschlages, die Zurückverweisung der
Kommission.“

Was diese Kombination anlangt, so macht sie dem
Scharfsinn ihres Autors alle Ehre, nur läßt sie ein wesent-
liches Moment unberücksichtigt. Mit dem Druck unserer
Nr. 6, die das Datum des 5. Februar trägt, ist schon am
Dienstag, den 1. Februar, begonnen worden, und am
2. Februar war der Versand beendet. Das, was in dieser
Nummer steht, kann also wohl nicht gut hinter dem Ar-
tikel herkommen, der am 8. Februar im „Vorwärts“ stand.
Es besteht auch tatsächlich kein Zusammenhang zwischen
dem „Vorwärts“ und der „Holzarbeiter-Zeitung“, und
von uns ist auch in der gegenwärtigen Tarifbewegung
noch keine Zeile für den „Vorwärts“ geschrieben worden.
Deshalb haben wir auch bisher die Polemiken, welche die
„Fachzeitung“ gegen den „Vorwärts“ führt, unbeachtet
gelassen und werden es auch in Zukunft so halten. Der
„Vorwärts“ wird, wenn er es für erforderlich hält, selbst
in der Lage sein, die erforderliche Antwort zu finden.

Wirtschaftliche Rundschau.

dr. Wenn auch der Arbeitsmarkt im Holz-
gewerbe während des verfloffenen Jahres noch stark
im Zeichen der Krise stand, so ist doch bei einer Betrach-
tung des Verlaufes des Jahres 1909 deutlich zu unter-
scheiden, daß nach sehr ungünstigen Monaten, die in die
erste Jahreshälfte fielen, von August ab die Erholung
rasche und kräftige Fortschritte machte. Im Januar er-
reichte der Andrang am Arbeitsmarkt für das Holzgewerbe
den höchsten Stand während der ganzen Krise. Bis Juli
stand der Andrang auch noch immer höher als im Jahre
zuvor. Wieviel Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen
in den einzelnen Monaten kamen, das ersieht man aus
der Bewegung des Andranges an den Arbeitsnachweiser,
über den das „Reichsarbeitsblatt“ berichtet. Geht
der Ausschritt aus dem Gesamtmarkt für das
Holzgewerbe, wie er uns durch die in Frage kommenden
Arbeitsnachweise geboten wird, noch relativ klein, und
es muß mit allem Eifer für eine Ausdehnung und Ver-
besserung der Verichterstattung gewirkt werden, aber die
allgemeinen Schwankungen in dem Verhältnis von An-
gebot und Arbeitsmarkt kommen eben doch auch auf dem
der Beobachtung offen stehenden Gebiete des Arbeits-
marktes deutlich zum Ausdruck. In den einzelnen Mo-
naten kamen nun auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende.

	1906	1907	1908	1909
Januar . . .	204,2	224,8	329,7	589,8
Februar . . .	154,8	198,0	265,7	448,6
März . . .	129,5	146,1	208,3	301,0
April . . .	135,3	130,2	219,8	280,8
Mai . . .	186,5	192,4	287,0	281,5
Juni . . .	143,3	128,9	252,7	264,7
Juli . . .	120,3	132,8	230,2	238,7
August . . .	112,7	112,4	210,1	173,0
September . . .	118,2	128,2	195,7	182,0
Oktober . . .	137,8	133,0	263,4	196,8
November . . .	165,0	231,0	379,0	248,5
Dezember . . .	201,4	341,6	515,6	336,6

In obiger Zusammenstellung ist der Verlauf des Arbeitsmarktes während der vier Jahre 1906 bis 1909 dargestellt. Die Ungunst setzte schon 1907 sehr frühzeitig ein, frühzeitiger als in anderen Gewerben, und frühzeitiger, als der allgemeine Konjunkturmenschlag erfolgte. Im laufenden Jahre erst erteilt der Andrang seine ungewöhnliche Höhe und sinkt dann langsam und allmählich bis zum Jahresende so, daß der Andrang nicht nur wieder bedeutend niedriger ist als im Dezember 1908, sondern auch hinter der Dezemberhöhe des Jahres 1907 zurückbleibt. Damit ist auf dem Wege der wirtschaftlichen Erholung schon eine bedeutende Strecke zurückgelegt.

Der Grad der Erholung, wie er sich im Durchschnitt des Reiches ergibt, ist nun freilich in den verschiedenen Landesteilen sehr ungleichmäßig. Wir können drei Kategorien unterscheiden, wenn wir den Unterschied des Andranges für den Jahresdurchschnitt in den einzelnen Landesteilen zugrunde legen. Eine kräftige bis sehr kräftige Erholung zeigte der Arbeitsmarkt in Ostpreußen, in Pommern und im Königreich Sachsen. Geringer war die Besserung in Posen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, in den Rheinlanden und in Württemberg. Eine mehr oder weniger erhebliche Verschlechterung wies dagegen im Durchschnitt des Jahres 1909 der Arbeitsmarkt in nachstehend aufgeführten Gebieten auf: Berlin, Brandenburg, Provinz Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau, Bayern, Baden, Hamburg und Elb- und Holstein. Was die einzelnen Berufe im Holzgewerbe anbetrifft, so zeigen wieder im Durchschnitt des ganzen Jahres die Drechsler, Holz- und Beindreher mit 337,70 Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen den höchsten Andrang. In zweiter Stelle folgen die Tischler (Schreiner) mit 295,77, an dritter die Böttcher (Müller, Mäher) mit 274,52, und an vierter die Wärfen-, Ramm- und Korbmacher mit 240,84. Es ist äußerst lehrreich, im einzelnen die Bewegung von Angebot und Nachfrage zu verfolgen. Gibt doch eine eingehende Betrachtung wertvolle Fingerzeige, wie es zu ermöglichen wäre, die Gestaltung des Andranges in ausgleichendem Sinne zu beeinflussen. Das verschiedene Niveau des Andranges in den einzelnen Landesteilen sowohl als auch in den einzelnen Berufen erschwert naturgemäß einen Ausgleich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie er doch wenigstens grundsätzlich angestrebt werden muß.

Nicht nur der Arbeitsmarkt stand 1909 noch unter dem Druck der Krise, sondern auch das im Holzgewerbe investierte Unternehmungskapital. Zwar ist gerade im Holzgewerbe die Aktiengesellschaft als Betriebsunternehmung entfernt nicht so stark entwidelt wie in anderen Gewerben, immerhin kann die Bewegung der Rentabilität der Aktienbetriebe für das finanzielle Ergebnis im Holzgewerbe einermassen als typisch angesehen werden. Im Jahre 1909 haben 50 Aktiengesellschaften, die dem Holzgewerbe zuzugerechnet sind, ihre Bilanzen veröffentlicht, die die finanzielle Lage für das Jahr 1908/09 widerspiegeln. Diese 50 Gesellschaften repräsentieren ein Aktienkapital von 40,45 Millionen Mark. Auf diese Summe wurde für 1908/09 eine Dividende in Höhe von 5,3 Proz. verteilt, 6,4 für 1907/08. Es hat also im Jahre 1908/09 ein Rückgang von 1,1 Proz. auf das Nominalkapital berechnet stattgefunden. Es ist aber nicht nur die Dividende zurückgegangen, sondern auch der Reingewinn. Die Zahl der Gesellschaften, die mit Verlust gearbeitet haben, ist nicht nur gewachsen, auch die Höhe der Verluste war insgesamt größer als 1907/08. Endlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß an den Abschreibungen gespart worden ist, was im Interesse des Betriebes keineswegs als erfreulich bezeichnet werden kann. Bemerkenswerterweise hat die Senkung des Dividendenrücktrages nicht verhindert, daß die im Holzgewerbe investierten Kapitalien, soweit es aus den an den Börsen gehandelten Aktien ersichtlich ist, während des Jahres 1909 eine nicht ganz unbedeutende Wertsteigerung erfahren haben. Als im Laufe des Jahres 1909 infolge des günstigeren Geldstandes und unter dem Eindruck der ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung der Börsenverkehr sich wieder belebte und das breite Publikum der mittleren und kleinen Kapitalisten eine rege Kauflust nach Industriewerten befand, da wurden auch die Werte des Holzgewerbes in den Strudel der Hausse mit hineingezogen, obwohl nach dem inneren Werte der Aktien und nach der zu erwartenden Dividende der Kurs der Aktien schon reichlich hoch stand. Die unbegründeten Kurssteigerungen beeinträchtigten aber die Gesamtlage des Holzgewerbes nach den verschiedensten Richtungen hin in höchst nachteiliger Weise. Sie tangieren unter Umständen auch die Lohnsummen, die der Arbeiterschaft zufließen. Nicht nur die Direktion einer Aktiengesellschaft, sondern auch der Inhaber eines privaten Betriebes ist bestrebt, aus dem Geschäft einen Gewinn herauszuwirtschaften, der das investierte Kapital möglichst hoch verzinst. Der Wert des investierten Kapitals wird aber bis zu einem gewissen Grade nach den Notierungen des Kurzes zelteltes bemessen. Wird durch solche Preissteigerungen das investierte Kapital um beispielsweise 20 Proz. höher taxiert, als das Nominalkapital beträgt, so wird die Betriebsleitung bestrebt sein, das Kapital entsprechend höher zu verzinsen, so daß keine Entwertung eintritt. Es soll eine höhere Summe an das Unternehmungskapital ausgeschüttet werden, die anderenfalls für andere Zwecke, sagen wir also für Löhne, zur Verfügung gestanden hätte. Da für 1908/09 im allgemeinen noch niedrigere Gewinne

als 1907/08 erzielt worden sind, so scheint man in Wertenkreisen anzunehmen oder doch so zu tun, als ob die Ende Dezember schließenden Gesellschaften schon wieder eine Besserung der Gewinnersultate bringen würden. Diese Annahme dürfte aber nicht ohne weiteres zutreffen, vielmehr wird sich herausstellen, daß die Kurssteigerungen im Holzgewerbe genau so, wie die auf dem gestauten Markte der Dividendenwerte Ueberreibungen darstellen, die sich an dem so lauffüßigen Publikum in abschbarer Zeit rächen werden.

Der Rechtsbegriff als Waffe im Emanzipationskampfe.

II. Recht und Unrecht.

Bei genauerer Beschäftigung mit der Frage, was denn eigentlich Recht und was Unrecht ist, macht man eine eigenartige Beobachtung, die uns auf den ersten Blick überrascht. Weil wir unseren Geist dogmatisch gedrillt haben, haben wir die Gewohnheit angenommen, in einem jeden Begriff etwas Festes, Bestimmtes zu erblicken. Wir verkennen die in den Begriffen stehende Relativität und wir vergessen, daß speziell die sozialen Ideen wandelbar sind je nach dem Standpunkte, den man ihnen gegenüber einnimmt, und je nach dem Maßstab, den man anlegt. Da das Recht aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen herauswächst, deren Widerspiegelung es ist, und da diese Zustände eine Scheidung der Gesellschaft in Klassen bewirkt haben, so ist es klar, daß auch das Recht die Spuren seiner Herkunft nicht verleugnet. In einer Klassengesellschaft kann es deshalb kein einheitliches, gleiches Recht geben, und das vielgerühmte gleiche Recht für alle ist ein schöner Wahn oder vielmehr eine leere Redensart. Man spricht allerdings heute so gern von der Gleichberechtigung aller Menschen, aber in Wirklichkeit sehen wir nirgends eine Rechtsgleichheit. Und wenn der moderne Staat sich einen Rechtsstaat nennt, so glaubt kein Kenner an diese Illusion, und wenn er sich als Hüter des Rechts aufspielt, so kann er damit nur Unkundige täuschen. Wesentlich stellt der Staat die Göttin der Gerechtigkeit mit einer Blinde vor den Augen und einer Waage in der Hand über die Türen der Gerichte, um damit symbolisch anzudeuten, daß dort Recht und Unrecht ohne Ansehen der Person mit gerechten Händen abgewogen werden solle, aber ein Wissender empfindet dies Symbol als einen blutigen Spott auf die Wirklichkeit.

Denn in Wirklichkeit gehen die Begriffe über Recht und Unrecht himmelweit auseinander. Recht und Unrecht sind eben relative Begriffe in einem Klassenstaate, und was der eine Mensch Recht nennt, das nennt der andere Unrecht; was der eine als sein gutes Recht mit Hörnern und Klauen verteidigt, das verdammt der andere als ein himmelschreiendes Unrecht. Zahllos wie der Sand am Meere sind die Beispiele hierfür, die uns Geschichte und Erfahrung bieten.

Der Sklavenbesitzer im Altertum hatte das unbestrittene Recht über seinen Sklaven, der sein rechtloses Eigentum war: er konnte den Sklaven nach Willkür gebrauchen oder mißbrauchen, er konnte ihn verkaufen, verschenken, mißhandeln und töten. Das war das geschichtliche Recht des Sklavenhalters, an dem kein Mensch zu rütteln wagte. Aber die Sklaven empfanden dies sogenannte Recht als ein schreiendes Unrecht, und sie haben erbitterte Kämpfe geführt und Blut und Leben geopfert, um dies Unrecht zu beseitigen. Heute ist dieses „Recht“ aus der Kulturwelt verschwunden. Der Grundherr im Mittelalter hatte das Recht, von seinen Bauern Abgaben und Frondienste zu fordern und seine Hörigen in jeder Weise auszunutzen, er hatte das Recht, seine Untergebenen an die Scholle zu fesseln und ihnen die Bewegungsfreiheit zu nehmen — die Bauern und Hörigen waren hiermit nicht einverstanden, sie nannten es ein Unrecht, und in zahlreichen Aufständen haben sie versucht, es abzuschaffen. Heute ist dies „Recht“ beseitigt und nur in der Rechtlosigkeit der Landarbeiter hat es sich noch teilweise erhalten. Am Ausgang des Mittelalters hatte der absolute Fürst das Recht, seinen Untertanen darüber Vorschriften zu machen, welcher Religionsgemeinschaft sie angehören durften, denn wem das Land gehörte, dem auch die Religion seiner Untertanen. Heute erscheint uns dies Recht als ein wahnsinniges Unrecht, und wie würden es schon schön verbitten, wenn ein Fürst sich in unsere Religionsausübung einmischen wollte. Der moderne Unternehmer hat das — sehr einträgliche und angenehme — Recht, seine Arbeiter auszubeuten, indem er ihnen für den gezahlten Lohn Mehrwert aus den Knochen preßt; der modern denkende Arbeiter hat dies kapitalistische Recht als ein Unrecht erkannt und will es mit allen Mitteln beseitigen; im Geiste sieht er bereits die Zeit, in der dies „Recht“ des Kapitalisten ebensogut ins alte Eisen geworfen sein wird, wie das „Recht“ des mittelalterlichen Feudalherren und des antiken Sklavenhalters. Der Kapitalprophet pocht auf sein Recht als Herr im Hause und nimmt das Recht für sich in Anspruch, in seinem Betriebe mit dem Arbeiter nach Willkür schalten und walten zu können; die Arbeiter sind bemüht, mit Hilfe starker Organisationen dieses Unrecht einzuschränken und zu beseitigen; sie erstreben das Recht, im Betriebe mitbestimmen zu dürfen, wie sie heute bereits in Staat und Gemeinde mißsprechen dürfen. Der ostelbische Junker spricht vom preussischen Wahlrecht, wir sprechen vom

preussischen Wahlrecht, und wenn wir von unserem Rechte Gebrauch machen, gegen dieses Unrecht öffentlich zu demonstrieren, so schimpfen jene über das Unrecht, das wir durch Bekämpfung des Wahlrechts begehen. Und wenn wir zum Ueberfluß noch an einem drastischen Beispiel den Doppeldarsteller des Rechts klarmachen sollen, so weisen wir auf das Züchtigungsrecht hin — ein schönes Recht für den, der die Prügel ansteckt, aber von dem, der die Prügel bekommt, als ein Unrecht verwünscht.

Im Laufe der Zeit ist den unteren Volksschichten die Relativität des Rechts immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen und immer deutlicher wird erkannt, was früher nur instinktiv empfunden wurde, daß ein ausgesprochenes Klassenrecht existiert und daß ein Angehöriger der Unterschicht in jeder Beziehung weniger Recht hat als ein Angehöriger der Oberschicht. Diese Erkenntnis ist gewissermaßen der Pfahl im Fleische des Proletariats, der Stachel, der auch den rückständigsten Arbeiter antreiben muß, immer ungestümmer das gleiche Recht zu fordern. Der Klassenbewußte Arbeiter will nicht mehr länger ein Mensch zweiter Klasse bleiben, und selbst der einfachste Landproletar empfindet es heute schon als eine Zurücksetzung, daß er minderen Rechts sein soll. Mancher Proletarier empört sich nicht so sehr gegen seine schlechte wirtschaftliche Lage, daß man ihm eine schwere Arbeitslast aufbürdet und ihn zugleich mit kargem Lohne abspießt, er erträgt es nicht so schwer, daß man ihn in eine menschenunwürdige Wohnung einpfercht, er bemerkt es vielleicht nicht einmal, daß man ihn von Bildung, Wissen und Kunst abschließt, und daß man ihn in gesellschaftlicher Beziehung zurücksetzt — aber das ist es, was sein Blut in Wallung bringt, daß er weniger Recht haben soll als die Herren, daß man ihm sein gutes Recht vorenthält, daß man ihn als einen Menschen in minderen Rechte betrachtet.

Dies Gefühl der Rechtungleichheit und der Rechtlosigkeit gegenüber den bevorrechteten Ständen muß geweckt und gepflegt werden in den Massen, wenn man das Volk zum Kampfe um sein Recht aufzurütteln will. Die Beobachtung, daß es ungerrecht hergeht in der Welt, erzeugt in den Entrechteten den starken Willen, dem Rechte zum Siege zu verhelfen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf der Grundlage des gleichen Rechts beruht.

Arbeiterhaushaltungen.

Unter dem Titel „Erhebung von Wirtschaftszurechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“ hat das Reichsstatistische Amt als zweites Sonderheft des „Reichsarbeitsblattes“ 1909 eine umfangreiche Arbeit veröffentlicht. Es handelt sich um das Ergebnis einer Aufnahme, die mit Hilfe der statistischen Ämter vieler Großstädte für die Zeit vom 1. Februar 1907 bis zum 31. Januar 1908 vorgenommen wurde. Die Angaben sind dadurch gewonnen, daß von Familien, die sich zur Führung bereit erklärten, Haushaltsbücher zur täglichen Aufzeichnung aller Einnahmen und Ausgaben ausgegeben wurden. Geplant war dabei, nur Familien von drei bis fünf Kindern und unter 3000 Mk. Jahreseinkommen zu erfassen. Diese Grenzen sind allerdings nicht genau eingehalten worden, indem auch die Angaben weniger geeigneter Ehen verarbeitet sind sowie auch allein 441 Haushaltungen mit über 3000 Mk., ja sogar fünf mit über 5000 Mk. Einkommen einbezogen wurden.

Benutzbare Unterlagen lieferten dem Statistischen Amt ab 31 Städte und eine Anzahl einzeln Berichtender aus kleineren Orten, zumeist mittlere Beamte. Die städtischen statistischen Ämter scheinen allerdings auf ihrer Suche nach geeigneten Familien sich nicht immer der richtigen Vermittlung bedient zu haben. Sonst wäre es unverstänlich, daß sich in Stuttgart keine und in Hannover nur drei Familien zur Führung dieser Haushaltsbücher auf ein Jahr bereit erklärt haben, wie der Bericht meldet. Im übrigen wirkten aber in 17 Städten die freien Gewerkschaften, daneben in 6 die Christlichen und in 7 die Hirsch-Dunckerischen an der Erhebung mit. Der Schwierigkeit, die Bücher ein Jahr lang gewissenhaft zu führen, suchten einige Städte durch Gewährung von Prämien von 5 oder 10 Mk. oder von Büchern zu begegnen. So stiftete zum Beispiel die Stadt Schöneberg den Auswandernden je einen „Meinen Brodhaus“.

Ausgegeben wurden insgesamt 4190 Haushaltsbücher, von denen 3575 mit mindestens einmonatlichen Aufzeichnungen wieder eingingen. Von diesen sind aber nur 960 oder 26,9 Proz. über alle zwölf Monate hinosa durchgeführt. Nach den sonstigen Erfahrungen auf diesem Gebiete ist dieses Ergebnis noch als gut zu bezeichnen. Recht unterschiedlich sind in ihrer Ausdauer die einzelnen Orte. So haben zum Beispiel in Götting alle fünf berechtigten Familien (nur städtische Beamte) bis zu Ende durchgeführt, in Halle sechs von sieben, in Schöneberg 52 von 66, in Hamburg 260 von 1100 und in Berlin zwei von 480. Von diesen durch ein Jahr geführten Wirtschaftszurechnungen sind 852 als brauchbar durch das Reichsstatistische Amt bearbeitet und veröffentlicht worden. Diese allein legen wir auch den nachfolgenden Ausführungen zugrunde. Das Resultat zeigt allerdings auch nur die Lebenshaltung in deutschen Großstädten, die allein 701 Rechnungen stellten. Dem Ursprung nach stammen von den bearbeiteten Wirtschaftszurechnungen 522 von Arbeitern, 67 von Unterbeamten, 138 von mittleren Beamten, 79 von Lehrern und 88 von Privatangestellten.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Verringerung eines Orlies oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel glaubig sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Schülern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Wauben (Waggonfabrik), Bremen-Hemelingen (Wegmann), Düsseldorf (Schönfeld), Halle in Westfalen (Doppheide), Höchst a. M., Klosterfeld (Bergemann), Langenberg, Neuß j. L., Ludenwalde, Oberneubrunn i. Thür., Reichenhausen, Schwennungen i. W. (Möbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Biegenhals (Möbelfabrik „Hoffnung“), Zuffenhausen (Brüll), Zorngens-Glarus in der Schweiz.
 - Schmiedern nach Corbetta, Halle a. S. (Saalbach), Nähnitz bei Grossen a. d. Oder (Stralauer Glas-hütte), Stettin (Lunberg).
 - Rechnern nach Ludenwalde.
 - Amateuren nach Wauben (Waggonfabrik), Halle i. Westf. (Doppheide).
 - Lehrern nach Ludenwalde.
 - Bestellern nach Wauben (Waggonfabrik).

Neue 852 Erhebungshaushaltungen haben im Durchschnitt je 4,6 Köpfe, was ungefähr dem Reichsdurchschnitt 4,1 Köpfe entspricht. Auffallend ist, daß nur bei den wenigsten Familien die gesamten Kosten durch den Weilsberdienst des Mannes aufgebracht werden. Dieser beträgt vielmehr im Durchschnitt nur 82,4 Proz. der Gesamteinnahmen. Dieser Prozentsatz schwankt unter den einzelnen Vermögensklassen nur unwesentlich, wenn man die fünf Familien mit über 5000 M. unberücksichtigt läßt. Daneben figuriert der Nebenverdienst des Mannes, der von 0,5 Proz. bei den kleinsten Einkommen bis auf 2,7 Proz. in der Klasse von 1600 bis 2000 M. steigt, um dann bei den höheren Einkommen wieder zu sinken. Im einlagegekehrten Verhältnis stehen die Einnahmen der Ehefrau. Diese betragen in der untersten Stufe 3,3 Proz. des Gesamteinkommens und sinken bei 3000 M. auf 1,1 Proz. Der Beitrag der Mutter erreicht mit 2,7 Proz. seinen höchsten Stand in den mittleren Einkommensstufen. Dies dürfte sich daraus erklären, daß in jenen Kreisen die erwerbstätigen Söhne und Töchter mehr im Hause wohnen, als bei Arbeitern, wo sie früh hinaus müssen ins feindliche Leben.

Die Einnahmen aus Untervermietung sind in den Gruppen mit 1600 bis 2500 M. mit 3 Proz. am höchsten, doch schwanken diese innerhalb der einzelnen Gruppen stark. Sie betragen zum Beispiel bei kinderlosen Familien nur 1 Proz., bei sechs Kindern 4 Proz. des Einkommens, um bei mehr Kindern wieder zu sinken.

Dagegen prägen sich bei den sonstigen Einnahmen von Einnahmen die Klassenunterschiede wieder stark aus. Diese Einnahmen steigen von 4,5 Proz. bei den Einkommen unter 1200 M. bis auf 14,6 Proz. in der Stufe 4000 bis 5000 M., wo sie pro Familie 665 M. betragen. Hierin spiegeln sich in erster Linie die Zinsen von angelegtem Kapital wider. Die sonstigen Einnahmen aus Unterwohnung, Viehhaltung usw. sind durchgängig unbedeutend.

Interessanter noch und wegen der erforderlichen genauen täglichen Buchführung über Kleinigkeiten weit schwieriger zu beschaffen sind die Ausgaben über die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Lebensbedürfnisse. Im Durchschnitt sämtlicher 852 Haushaltungen entfallen auf Nahrung 45,55 Proz., Kleidung 12,64 Proz., Wohnung 17,90 Proz., Heizung und Beleuchtung 4,07 Proz. und auf Sonstiges 19,78 Proz. aller Ausgaben. Dieses Verhältnis erfährt natürlich zwischen den einzelnen Einkommensgruppen eine wesentliche Verschiebung. Bekannt ist die Regel, die sich auch hier wieder bewahrt, daß die Nahrungsmittel einen um so größeren Prozentfuß des Einkommens erfordern, je kleiner dieses ist. Schwankungen werden hier natürlich auch entstehen, je nach der Kopfzahl der einzelnen Familien. Wir haben deshalb zu allen nachfolgenden Vergleichen immer Familiengruppen mit gleicher Kopfzahl, nämlich stets zu fünf Köpfen, herangezogen.

Dabei ergibt sich nun, daß die Familien für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben bei Einkommen von

unter 1200 M.	633,65 M.	= 59,7 %
1600—2000 "	938,29 "	= 52,5 %
2500—3000 "	1192,26 "	= 44,2 %
4000—5000 "	1528,87 "	= 34,7 %

Dieses Verhältnis würde sich noch bedeutend steigern, könnte man in gleicher Weise auch die großen Einkommen erfassen. Selbst der Vermiste muß eben einen bestimmten Betrag für Lebensmittel ausgeben, will er seine Arbeitskraft auch nur notdürftig erhalten. Das zeigt aber wiederum auch, daß jede Steuer oder jeder Zoll auf Lebensmittel den Armen im Verhältnis zu seinem Einkommen ungleich höher belastet als den Reichen. Noch stärker tritt diese ungleiche Belastung zutage, wenn man den Verbrauch an den einzelnen Lebensmitteln vergleicht. Zu den wichtigsten und von der Volksgesundheit am meisten mitgenommenen gehört das Brot. Hier ergibt nun die vorliegende Statistik, daß bei unter

1200 M. Einkommen für Brot und Backwaren 140,88 Mark oder 18,8 Proz., bei 4000 bis 5000 M. aber 190,81 M. oder nur 4,8 Proz. ausgegeben wurden. Ein gleiches Bild zeigen die Kartoffeln, die in der untersten Gruppe 48,89 M. oder 4,1 Proz., in der höchsten aber nur 28,06 M. oder 0,6 Proz. der Ausgaben für Nahrungsmittel erforderten. Demgegenüber steigen natürlich mit dem Einkommen die höheren Lebensbedürfnisse. So wurden ausgegeben für Fleisch, Schinken und Speck hier 70,17, dort 801,92 M.; für Butter hier 40,27, dort 178,03 M.; für Eier 10,88 bzw. 52,45 M. Für Obst und Süßfrüchte konnte bei 1200 M. Einkommen nur 11,15 M., bei 5000 M. dagegen 100,08 M. angelegt werden.

Im Durchschnitt aller beteiligten Familien entfallen von den Ausgaben für Nahrungsmittel auf Fleisch 20 Proz., Brot 16 Proz., Milch 10 Proz., Butter und Schmalz 12 Proz., Tabak 2 Proz., Ausgaben in Wirtschaften 6 Proz., auf Kartoffeln, Eier, Mehl samt Reis, Hülsenfrüchte und Obst je 8 Proz.

Den nächstgrößten Teil des Gesamteinkommens erfordern Wohnung und Haushalt. Die Ausgaben hierfür betragen durchschnittlich zwischen 17 und 21 Proz. oder den sechsten bis fünften Teil aller Ausgaben. Die Aufwendungen für die Miete selbst schwanken bei diesen fünfköpfigen Familien zwischen 192 und 770 M. Wer die großstädtischen Mietpreise kennt, wird sich daraus ein Bild machen können, wie eingeschränkt und zusammengepfercht die Familien mit dem niederen Einkommen hausen müssen.

Wo alles aufgewandt werden muß, um des Lebens Nahrung und Notdurft nur annähernd zu befriedigen, bleibt für Kleidung, so nötig auch diese sein mag, nur wenig übrig. In der Gruppe 4000 bis 5000 M. Einkommen konnten dafür 400,85 M. aufgewandt werden, bei 1600 bis 2000 M. sind dafür noch 195,24 M. angelegt, während bei unter 1200 M. hierfür nur 35,54 M. übrig blieben. Hierbei darf aber keiner nach berühmten Mustern behaupten: „Der Vater wird wohl alles verpfänden haben“, denn die gleichen Familien, die zwölf Monate lang über jeden Pfennig gewissenhaft Buch führten, haben in der gleichen Zeit für alkoholische Getränke nur 10,07 M. ausgegeben. Es bedarf keiner großen Gelehrsamkeit, um festzustellen, daß mit 85 M. im Jahre auch nicht einmal die allernotwendigsten Bedürfnisse einer fünfköpfigen Familie an Kleibern und Schuhwerk befriedigt werden können. Hier ist eine Gebung des Verdienstes unabwiesbar notwendig.

Nun sollte aber das Leben doch nicht nur aus Arbeiten, Essen und Trinken bestehen. Stunden der Geselligkeit, Tage der Erholung und Ausspannung gehören bei den Kulturmenschen ebenso gut zu den Notwendigkeiten. Aber dafür bleiben den Armen keine Mittel übrig. Die Inhaber der Einkommen von 4000 bis 5000 Mark sind ja noch lange nicht zu den reichen Leuten zu zählen, trotzdem finden wir für Vergnügungen 104,97 Mark und für Gesundheitspflege (vielleicht Vandaufenthalt) 231,00 M. ausgegeben. Und die Armen? Bei 1200 M. sind 7,82 M. bzw. 1 M., bei 1600 bis 2000 M. sind 16,00 M. bzw. 15,21 M. hierfür aufzuwandeln.

Einen interessanten Blick in einen solchen Haushalt gestalten auch die verbrauchten Mengen der einzelnen Nahrungsmittel. Diese sind von allen Familien, deren diesbezüglichen Angaben verwertbar waren, berechnet. Kartoffeln, Käse, Schmalz und Staffee differieren zwischen den einzelnen Einkommensklassen in der Menge nur unwesentlich. Die höheren Ausgaben der Bessergestellten hierfür erklären sich vielmehr aus den verwandten besseren Qualitäten. Dagegen steigt der Verbrauch an Fleisch von 92,4 Kilogramm bei unter 1200 M. auf 184,4 Kilogramm bei 4000 bis 5000 M. Einkommen, Butter von 82,5 Kilogramm auf 85,2 Kilogramm, Milch von 301,1 Liter auf 632,2 Liter. Eier werden unter 1200 Mark 247, bei 3000 M. 565 Stück verbraucht. Ueber den Verbrauch an Brot ist leider kein gewichtswieser Nachweis vorhanden, doch ergibt sich aus dem aufgewendeten Gelde, daß bei höheren Einkommen nicht mehr, höchstens bessere Sorten verzehrt werden.

Ein Vergleich der aufgezehrten Materialien mit den Anforderungen der Gesundheitslehre zeigt, daß auch bei dem höchsten Verbrauch keineswegs von Verschwendung geredet werden kann. Wie viel von dem zur Erhaltung des Körpers Nötigen muß aber dann den Familien mit niederen Einkommen abgehen?

Das Statistische Amt hat aus den Ergebnissen der 852 Wirtschaftrechnungen auch Durchschnittszahlen gezogen. Wir wollen uns deren Wiedergabe verkneifen. Bei dem großen sozialen Unterschieden der Beteiligten (Einkommen von unter 1200 bis über 5000 M.) müssen Durchschnittszahlen notwendigerweise ein falsches Bild geben. Dabei wollen wir aber keineswegs den Wert solcher Erhebungen unterschätzen. Sie erbringen den unwiderleglichen Beweis für die Unentbehrlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit. Das Studium der Haushaltungsrechnungen möchten wir ganz besonders den Tischlermeistern und Holzindustriellen empfehlen, die nicht müde werden über die Undurchführbarkeit der von unseren Kollegen gestellten Lohnforderungen zu jammern. Selbst wenn das Geforderte unverkürzt bewilligt wird, werden unsere Kollegen noch auf manche Lebensbedürfnisse verzichten müssen, auf welche sie Anspruch erheben dürfen. Unser Ziel ist es, den Arbeitern zu einer auskömmlichen Lebenshaltung zu verhelfen. Und dieses Ziel werden wir erreichen, trotz aller Widerstände, die sich uns entgegenstellen.

Soziales.

Eine Verhöhnung des preussischen Volkes.
Nun ist die preussische Wahlrechtsvorlage endlich heraus. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat den Inhalt der Regierungsvorlage veröffentlicht und denen, die etwa erwartet hatten, daß die preussische Regierung das Wahlrecht wirklich verbessern würde, eine gründliche Enttäuschung bereitet. Groß wird allerdings die Zahl dieser enttäuschten Optimisten nicht sein, denn man weiß allgemein, daß von den Machthabern in Preußen fortschrittliche Taten nicht zu erwarten sind. Über das, was in der Wahlrechtsvorlage geboten wird, ist eigentlich noch weniger als nichts.

Es bleibt bei der ungerechten Wahlkreis-einteilung.
Es bleibt bei der Dreiklasseneinteilung der Wähler.
Es bleibt bei der Oeffentlichkeit der Stimmabgabe.

Die ganze Reform beschränkt sich in der Hauptsache darauf, daß an Stelle der indirekten die direkte Wahl tritt. Diese einzuführen, hat aber den Freunden des unaufrichtigen preussischen Wahlrechtes keine besondere Ueberwindung gekostet. Die Wahl von Wahlmännern als Zwischenglieder zwischen den Urwählern und den Kandidaten hat längst jede Bedeutung verloren. Die Wahlmänner sind auf die zu wählenden Kandidaten verpflichtet, und die Möglichkeit, mißliebige Wähler zu maßregeln, ist in gleichem Maße vorhanden, ob diese nun bei der Wahl den Namen des oppositionellen Kandidaten oder den des auf ihn verpflichteten Wahlmannes nennen.

Außer der Einführung der direkten Wahl enthält die Vorlage noch einige Aenderungen, Verbesserungen kann man in diesem Fall kaum sagen. Bei der Klasseneinteilung soll insofern eine Aenderung eintreten, als Steuerleistungen, die über 5000 M. hinausgehen, nicht mehr angerechnet werden. Bekanntlich ist für die Zuweisung der Wähler in die einzelnen Klassen die Steuerleistung des einzelnen maßgebend. Wenn in einem Urwahlbezirk ein besonders reicher Wähler wohnt, so kann es bei dem bisherigen Modus vorkommen, daß er allein die erste Klasse bildet. Wenn künftig Steuerleistungen über 5000 M. nicht angerechnet werden, so hat das zur Folge, daß einige Wähler von der zweiten in die erste, andere von der dritten in die zweite Klasse aufsteigen. Das ändert aber an der Ungerechtigkeit der Klasseneinteilung nicht das geringste. Auch künftig wird die große Masse der Wähler, vielleicht drei Viertel der Gesamtheit, der dritten Klasse angehören und rechtlos sein. Gegen die Uebermacht des einen Viertels, welches sich auf die erste und zweite Klasse verteilt, kommen sie nicht auf.

Das ist aber der Zweck der Vorlage; die Besitzlosen sollen in der dritten Klasse zusammengefaßt werden; wer einigermaßen begütert ist, soll in die höheren Klassen aufrücken und nichts mehr mit dem Plebs gemein haben. Aber es soll unter denen, die auf Grund ihrer Steuerleistung in die dritte Klasse gehören, noch eine Auslese getroffen werden. Wer sich das Einjährigengenuß in der Schule erlassen hat und seit 15 Jahren in dem Besitz desselben ist, soll, wenn er auch nur ein Einkommen von 1800 M. hat, in die zweite Klasse kommen. Den gleichen Vorzug genießen die ausgedienten Unteroffiziere, wenn sie sich seit 5 Jahren im Besitz des Zivildienstbescheinigungsbüchchens befinden. Außerdem sollen eine Klasse erhöht werden diejenigen, welche eine abgebrochene Hochschulbildung besitzen, die Reichs- und Landtagsabgeordneten, diejenigen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungsbereichen und in den Verwaltungskörperschaften der höheren Kommunalverbände ausüben und schließlich die inaktiven Offiziere. Es ist also alles getan, um zu erreichen, daß künftig nur noch die ganz gewöhnlichen Menschenkinder in der dritten Klasse wählen.

Bei der Ausschaltung der Wahlmänner und der Beibehaltung der Klasseneinteilung bietet die Feststellung des Resultats einige Schwierigkeit. Dieser will man in der Weise Herr werden, daß man zunächst die für jede Klasse in jeder einzelnen Wahlabteilung abgegebenen Stimmen zusammenrechnet. Dann wird für jede Klasse berechnet, wieviel Prozent der abgegebenen Stimmen jeder Kandidat in dieser Klasse erhalten hat. Die in allen drei Klassen erzielten Prozentstimmen werden nun für jeden Kandidaten zusammengerechnet und durch drei dividiert, und als gewählt gilt derjenige, der mehr als 50 Proz. der Stimmen erhielt.

Das sind in der Hauptsache die Grundzüge der preussischen Wahlreform. Es bedarf keiner langen Auseinandersetzung, um darzutun, daß diese Reform dem immer lauter werdenden Verlangen nach einer Beteiligung der Dreiklassenschemata in keiner Weise gerecht wird. Sie ist eine Verhöhnung des Volkswillens, und die Arbeiter in Preußen werden nicht verfehlen, auf diese Herausforderung die gebührende Antwort zu geben. Was bisher in der Wahlrechtsfrage geschehen ist, war, so sehr es auch den braven Philister erschreckt hat, nur ein Vorpiel zu den Kämpfen, die uns die nächste Zukunft bringen werden. Jetzt erst beginnt der eigentliche Kampf ums Wahlrecht, und die Verjährung kann den Machthabern gegeben werden, dieser Kampf wird nicht früher sein Ende erreichen, als bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch in Preußen eingeführt ist.

Vorbereitungen für die kommenden Lohnkämpfe.

In München ist es in letzter Zeit zwischen dem städtischen Arbeitsamt und der Arbeiterschaft zu einem bedeutungsvollen Konflikt gekommen...

Insgeheim befürchteten die Unternehmer ihres unbegründeten Vorgehens in diesem Frühjahr halber, vielleicht auch weil sie die Absichten haben, sich einem Schiedsspruch nicht zu unterwerfen...

Die Folge dieser Beschlüsse ist nun, daß die Arbeitsvermittlung selbst bei den ungerechtfertigten Tarifbrüchen und Ausperrungen seitens der Unternehmer fortgesetzt wird...

In praktischer Mitarbeit und zur Förderung des Ausbaus des städtischen Arbeitsamtes und im Vertrauen auf dessen Parität erklärten sich die Arbeiterorganisationen wiederholt bereit, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben...

Nachdem in München die Statutenänderung beim städtischen Arbeitsamt vollzogen, durfte auch Augsburg nicht zurückbleiben. Einstimmig beschloß der dortige Magistrat die Statutenänderung in der Weise...

Aus dem Reichstag. Die Aufforderung zum Staatsrecht, die der Junfer Odenburg am 29. Januar in den Saal geschleudert hat, ohne daß sich der antizierende Vizepräsident, der Erbprinz v. Hohenzollern, bemerkt gesehen hätte...

In der Debatte über die Kolonien spielten die dort erschlossenen Diamantenfelder eine große Rolle. Diese haben sich als ertragsreicher herausgestellt, als man ursprünglich annahm...

auch gegen das Reich mit einer Ungenierlichkeit vor, die im Reichstag allseitige Zurückweisung erfuhr. Die Anerkennung, daß sich die Kolonialverwaltung gegenüber den Westpolitikern im Recht befindet...

Bei der Beratung des Handelsvertrages mit Portugal wurde den deutschen Unterhändlern der Vorwurf gemacht, daß sie sich hätten über's Ohr hauen lassen. In Wirklichkeit sind aber die ungünstigen Bedingungen...

Bei der Beratung des Glases des Reichstages wurden die Wünsche nach Verbesserung der Geschäftsordnung wieder laut, die in den erregten Novembertagen des Jahres 1908 eine so große Rolle gespielt hatten...

Die christlichen Gewerkschaften und der preussische Wahlrechtskampf. Der christliche „Holzarbeiter“ hat sich kürzlich zur Frage des preussischen Landtagswahlrechtes geäußert...

„Die herrschenden Gewalten müßten ja ein Duumheispapent haben, wenn sie in eine Aenderung des Wahlrechtes einwilligten aus dem Grunde, weil es die Sozialdemokratie so haben will.“

Man konnte annehmen, daß dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, bei dem Streben, sich an dem sozialdemokratischen Blatt zu reiben, ein lapsus unterlaufen wäre. Die Angehörigen der christlichen Gewerkschaften haben doch unter der preussischen Dreiklassenwahlrecht nicht minder zu leiden als die übrigen Arbeiter...

Diese Wendung ist ein jesuitischer Kniff, auf den nur recht naive Gemüter hereinfallen können. Die Haltung des christlichen Gewerkschaftsorgans wird jedoch sofort verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften sind...

Dem Blatt ist daher auch die Genugthuung zuteil geworden, von der konservativen „Kreuzzeitung“ Zustimmung zitiert zu werden, welche die Worte des christlichen „Holzarbeiter“ der dringenden Beachtung der freisinnigen empfiehlt...

So wie die Dinge jetzt stehen, ist der Seitenstieb, den der christliche „Holzarbeiter“ den preussischen Wahlrechtskämpfern verleiht, keine Dummheit oder gelegentliche Entgleisung, sondern eine ausgesuchte Weisheit. Der christliche „Holzarbeiter“ will im Sinne des Zentrums den Wahlrechtskampf diskreditieren...

So wie die Dinge jetzt stehen, ist der Seitenstieb, den der christliche „Holzarbeiter“ den preussischen Wahlrechts-

kämpfern verleiht, keine Dummheit oder gelegentliche Entgleisung, sondern eine ausgesuchte Weisheit. Der christliche „Holzarbeiter“ will im Sinne des Zentrums den Wahlrechtskampf diskreditieren...

Die Schnapsflasche. Die Enthaltbarkeit von Schnaps genug macht infolge der Propaganda, die durch den Beschluß des letzten sozialdemokratischen Parteitagess eine wirksame Unternehmung erfahren hat, erfreuliche Fortschritte. Ein besonderes Verdienst im Kampfe gegen den Alkohol hat sich der Arbeiter-Abstinenz-Bund erworben...

Verbandsnachrichten.

Verkaufsmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Februar:

- Wachen 20 Pf., Alfeld 15 Pf., Apennade 30 Pf., Arnstadt 20 Pf., Arnswalde 20 Pf., Aue 10 Pf., Auerbach 20 Pf., Barth 10 Pf., Biesenthal 20 Pf., Bantzenburg 10 Pf., B. 15 Pf., Brunschwälden 20 Pf., Buchholz 10 Pf., Bürgel 30 Pf., Bülow 20 Pf., Calbe 10 Pf., Coblenz 20 Pf., Dannenberg 30 Pf., Eberbach 20 Pf., Ellrich 10 Pf., Emmerich 10 Pf., Fochheim 15 Pf., Gießen 10 Pf., Gieshacht 20 Pf., Glauchau 15 Pf., Gräfenau 10 Pf., Griesenhagen 10 Pf., Großhartmannsdorf 10 Pf., Gummerbach 30 Pf., Holzwinden 10 Pf., Homburg 25 Pf., Jünnau 25 Pf., Jöhndorf 5 Pf., Lössen 10 Pf., Leisnig 15 Pf., Mühlendortmund 20 Pf., Mückeln 30 Pf., Mückeln 25 Pf., Mueselwitz 15 Pf., Münder 20 Pf., Neibe 30 Pf., Neuzelle 15 Pf., Oelsnitz 10 Pf., Pöschel 15 Pf., Preußisch-Holzland 20 Pf., Rastbach 5 Pf., Rastbach 20 Pf., Rastbach 15 Pf., Rudolfsdorf 20 Pf., St. Georgen 20 Pf., St. Ludwig 15 Pf., Schwabberg 20 Pf., Schwarzau 20 Pf., Schwedt 20 Pf., Seitz 15 Pf., Sonneberg 20 Pf., Tschirchungen 20 Pf., Spiegelberg 15 Pf., Stollberg 10 Pf., Sulzungen 10 Pf., Sulzbach 15 Pf., Verden 20 Pf., Wersen 20 Pf., Wittingen 20 Pf., Wörlitz 25 Pf., Waldenburg 20 Pf., Waldkirch 15 Pf., Walzode 15 Pf., Weimar 20 Pf., Wilhelmsdorf 20 Pf., Wilsdorf 10 Pf., Winnenden 15 Pf., Wolfenstein 10 Pf., Zella-Mehlis 15 Pf.

Die früher veröffentlichten Lokalbeiträge für die Zahlstellen Krumbach und Triebes gelten ab 1. Februar. Die frühere Verkaufsmachung bezüglich der Beitragsleistung in Wankeneise und Wilhelmshagen ist dahin richtig zu stellen, daß von beiden Zahlstellen nicht 70, sondern 80 Pf. Beitrag an die Verbandskasse abgeführt werden. Weiter ist nachzutragen, daß die Zahlstelle Emden 70 Pf. Beitrag an die Verbandskasse abführt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 30 700 Franz Salzer, Tischler, geb. 21. 1. 60 zu Gadowitz.
120 146 Arnold Baumann, Tischler, geb. 1. 12. 72 zu Waltenberg.
168 638 Friedrich Born, Tischler, geb. 21. 8. 66 zu Schwetznitz.
172 823 Emil Wolf, Tischler, geb. 13. 1. 73 zu Luzern.
193 775 Adolf Schöndelmeier, Schnitzer, geb. 14. 6. 80 zu Hornberg.
212 417 Franz Drefler, Modelltischler, geb. 9. 2. 70 zu Reichhütte.
257 168 Wilhelm Ostermann, Tischler, geb. 27. 11. 73 zu Entsefen.
250 612 Altemens Lange, Tischler, geb. 14. 7. 67 zu Namel.
351 972 Karl Wiste, Tischler, geb. 17. 2. 85 zu Holzlin.
361 077 Hermann Rosenbaal, Bürstenmacher, geb. 14. 3. 82 zu Emmerich.
405 334 Hermann Buchholz, Tischler, geb. 9. 8. 81 zu Aroca.
467 508 Adolf Dauer, Tischler, geb. 6. 1. 90 zu Rastatt.

Folgende Beträge wurden im Monat Januar von unseren Zahlstellen eingewandt:

- Gau Danzig: Elbing 85 M., Goldap 20, Rastron 14,50, Rastenburg 150, Königsberg 850, Marienwerder 25, Ratel 21, Pr. Holland 61, Rastenburg 40, Schlawe 48,20, Stolp 400, Tilsit 80, Treprow 74,40 M.
Gau Estland: Warth 50 M., Brunschwälden 85, Dilgow 20, Demmin 68,00, Fiddichow 95, Friedland 125, Gollnow 147,48, Grätz 80, Greifswald 60, Güstrow 200, Ralswiek 80, Loitz 27, Lübbow 24, Malchin 107,85, Malchow 1, Neubrandenburg 45, Neustrelitz 50, Pöschel 80, Papevald 50, Rostock 850, Schivelbein 60, Stribenberg 251,61, Schwerin 634,40, Stargard 170, Stralsund 172,70, Teterow 113,02, Uckermark 45 M.
Gau Breslau: Beuthen 150 M., Brieg 200, Erdmannsdorf 70, Freiburg 482, Gleiwitz 101,30, Gütlich 800, Grünberg 284,20, Gutzow 41, Herischdorf 150, Kirchberg 100, Ratibow 150, Kreuzburg 180, Langenbielau 77,50, Langenöls 500, Lauban 84, Liegnitz 1000, Neusalz 50, Riesa 358, Ostrow 50, Schmiedeberg 80, Striegau 100 M.

berreichte, doch ist versprochen, daß als Abschlag 45 Pf. die Stunde gezahlt wird.

(Wobellischler.) In einer zahlreich besuchten Versammlung wurde die Gründung einer Sektion beschlossen. Die Kollegen werden gebeten, bei etwaigen Anfragen sich an den Sektionsleiter Fr. Esser, Altendornstraße 8, zu wenden.

München. (Würstenmacher.) Die Sektion hielt am 8. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Ausschusses ging hervor, daß sich trotz des schlechten Geschäftsganges, der uns sechs Monate lang eine täglich um zwei Stunden gedürzte Arbeitszeit brachte, die Mitgliederzahl doch um 43 vermehrt hat und damit auf 495 gestiegen ist.

Muskau. Aus unserer Rahlstelle ist in der Regel wenig Erfreuliches zu berichten. Als im Juli 1908 die Firma Mausemeyer in Konkurs geriet, wurden eine Anzahl Kollegen arbeitslos, die bis heute, nach 1 1/2 Jahren, den ihnen aus der Konkursmasse zustehenden Lohn für die Kündigungsfrist noch nicht erhalten haben.

Miesbach. Eine teure Rechtsbelehrung hat sich der hiesige Tischler- und Böttchermeister Adam vor dem Amtsgericht verschafft. Adam entließ im Dezember plötzlich fünf Kollegen, angeblich wegen Arbeitsmangels.

Obernburg. (Kornmacher.) Da in der nächsten Zeit von der Firma C. Fide wohl Arbeitskräfte gesucht werden, so empfehlen wir allen Kollegen, die gewillt sind, bei dieser Firma in Arbeit zu treten, sich vorher bei der Lokalverwaltung über die Verhältnisse auf dieser Werkstelle Aufklärung zu holen.

Rehburg a. d. E. In einer am 29. Januar stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Stein-Nürnberg ein Referat über: "Die Tarifbewegung in der Holzindustrie und die Notwendigkeit der Organisation".

Wunsiedel. Hier läßt die Beteiligung der Kollegen am Verbandsleben zu wünschen übrig; in selbtem Maße allerdings auch die Arbeitsverhältnisse.

Unsere Lohnbewegung.

Verbesserungen der Arbeitsbedingungen am 12. Februar 1910. An der Spitze der heutigen Nummer sind die Orte benannt, in welchen auf Grund der mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Verträge am 12. Februar 1910 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft treten.

Durachau, Möbelfabrik Joh. A. H. F. Es erfolgt eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde; der Durchschnittslohn steigt auf 51 Pf.

Magdeburg, Postergestellfabrik Karl Badelt: Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden herabgesetzt, der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt von 50 auf 52 Pf.

In Nauen i. W. sind die Differenzen in der Westfälischen Möbelfabrik von Reichwald erledigt. Die Kollegen hatten die Kündigung eingereicht, als Herr Reichwald immer noch nicht an den Ernst der Situation glauben wollte.

In Hacht dauert die Aussperrung nun schon dreizehn Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Die Arbeitgeber versuchen durch lange Artikel in den Lokalblättern die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

In Deinhäusen sind Lohn Differenzen bei der Firma Olesch und Steinmayer ausgebrochen. Diese hatte am 5. Januar 15 Proz. Abzug auf kiserne Einrichtungen angefündigt.

In Warmbrunn i. Sachsen hat es in der Gräflich Schaffgottschchen Möbelfabrik wieder einmal Differenzen gegeben. Die schlechte Behandlung der Arbeiter durch den Direktor Mertens war die Ursache einer vierwöchigen Arbeitseinstellung.

Ausland.

In Sorgen am Rürschsee dauert der Streik der A.-G. Möbelfabrik fort. Um Streikbrecher zu werben, ist der Direktor nach Deutschland gereist. Nach acht tägiger Abwesenheit kam er allein zurück; er will aber in der Rhein- und in nächster Zeit eintreffen sollen.

Aus der Holzindustrie.

Jahresberichte der Zahlstellen. Die größeren Zahlstellen unseres Verbandes gehen immer mehr dazu über, gedruckte Jahresberichte herauszugeben. Dieser Brauch ist, wenn in den, in dem Bericht behandelten Themata vernünftig Maß gehalten wird, recht lobenswert.

Vor uns liegen die Jahresberichte der Zahlstellen Köln und Piefeld für das Jahr 1909. Der Kölner Bericht betont einleitend, daß die Hebung der Konjunktur, welche im Laufe des Jahres bestimmt erwartet wurde, ausgeblieben ist.

In Piefeld hat sich die Krise ebenfalls recht empfindlich bemerklich gemacht, doch ist dort bereits im Laufe des Jahres eine Besserung der Geschäftslage ein-

getreten. Die Zahl der Mitglieder ist, dank der nachhaltigen Agitation von 960 auf 1004 gestiegen, aber es sind immerhin im Piefelder Lohngebiet noch 283 unorganisierte Holzarbeiter vorhanden.

Die freie Organisation der Tischler Wiens hat ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1908 erst jetzt herausgegeben. Dem Bericht ist eine ausführliche Darstellung der großen Aussperrung beigegeben, die vom 3. Februar bis zum 20. Juli 1909 gedauert hat.

Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen. Der Kampf zwischen den „interkonfessionellen“ Zentrums-Gewerkschaften und den katholischen Streikbrecherorganisationen geht munter weiter.

Gewerkschaftliches.

So sehr der Erzbischof auch für das spezifisch katholische ins Zeug geht, so möchte er doch den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nicht vor den Kopf stoßen. Das könnte in Betracht der Bedeutung, welche diese Organisationen gerade in dem Gebiete des Erzdiözesans Köln besitzen, und im Hinblick auf die Stille, welche sie dem Zentrum gewähren, das dem Kirchenfürsten so sehr am Herz gewachsen ist, üble Folgen haben.

hat er in einem Brief an den Kölner Erzbischof, den dieser zitiert, erklärt, daß es „Sache der Weisheit sei, je nach

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 3 in Hamburg).

Einnahme im Januar.

Ueberschüsse sandten ein: Obingen 800, Schweinfurt 500, Hannover 400, Bitterfeld, Dietesheim, Gaarden, Johanneberg, Kirchheim, Pieschen, Urad, Würzburg II je 300, Coblenz, Schlenkeren je 250, Böttingen, Crammstall, Sonnenwik, Johannisdorf, Cützsch, Griesheim, Hamburg V, Heddesheim, Körde, Johannisdorf, Ebersfeld, Friedrichsfelde, Gotha, Königsberg, Leipzig I, Mühlhagen, Plauen i. V., Potsdam, Reichenbach, Reibeburg, Schönefeld, Schwelm, Schweinigen, Schwerin, Siegburg, Verden je 150, Wittenberg 140, Wolpa 120, Blaue 110, Wadnang, Wankenburg i. Th., Wonn, Wühl, Wubenheim, Wadau, Großwik, Eilenburg, Giesleben, Gudenich, Friedberg, Jürstenaude, Göllich, Gr.-Lüder, Gr.-Zimmern, Gütrow, Haan, Harburg, Herdecke, Hermsdorf, Homburg, Huchling, Kellheim, Kl.-Hansen, Landau, Langendiebach, Lorch, Magdeburg, Malsch, Marbach, Mülln, Mühlheim a. S., Neue Neustadt, Neuwied, Nordhausen, Nowames, Oettingen, Oldenburg, Pirna, Randerbater, Mödersheim, Schönau, Stendal, Sülz, Trotha, Wachenhagen, Westhofen, Wiesbaden, Wilsdruff, Wilsen, Wintersdorf, Würzen, Zangenberg, Zwickau je 100, Köhnenbroda 90, Wenzheim 80, Cottbus, Eberswalde, Lippoldshausen, Schmölln, Schw.-Hall, Unterebdingen je 75, Strahlen 70, Viernichna, Oberkirch, Wellburg, Zeulenroda je 60, Vornburg, Cöthen, Cunnersdorf, Dellbrück, Deuben, Driefen, Freiburg i. Schl., Kahl, Kessenich,

Raunsbach, Ohlau, Ohrdruf, Wafepaff, Forz, Rath-Geumar, Salzungen, Stadtilm, Tiegendorf, Wahren je 50, Döbshitz 40.

Table with 2 columns: Description of contributions and Amount. Total sum: 22 561,27 M.

Zuschuß erhielten: Karlsruhe, Niddorf je 800, Berlin G, Düsseldorf, Worms je 600, Bamberg, Berlin E, Freiburg i. B., München II, München III, Mündenheim, Nürnberg je 500, Dresden N., Göppingen je 450, Berlin D, Berlin II, Berlin J, Frankfurt a. M. je 400, Altenburg, Bunzlau, Fendensheim, Halle, Hanau, Meiningen, Schönefeld, Schw.-Gmund je 300, Elmshorn 250, Völsbach, Widenburg, Bremen, Zudenheim, Darmstadt, Deub, Durlach, Eßlingen, Eßlingen, Feuerbach, Frankenthal, Galsburg, Gröbdingen, Gr.-Zimmern, Hennes, Nebenhafen, Kalkenrodeheim, Kellheim, Leipzig II, Mühlheim a. S., Ruhr, Neu-Isenburg, Overrad, Oggersheim, Pankow, Eintracht, Volkmarshausen, Würzburg I je 200, Weinhelm 180, Wahrenthal, Weiertheim, Wommes, Wromberg, Dessau, Elmlich, Fochheim, Gelsenkirchen, Hildorf, Neuschönefeld, Olsch, Poll, Seelbach, Billingen je 150, Arnstadt, Blankenburg a. S., Böhlich-Schrenberg, Würzig, Eßeln, Goffenheim, Gudenich, Friesenheim, Gleiberg, Herford, Hildesheim, Hirsch, Jagenheim, Kempton, Kronach, Lahr, Langenweddingen, Lössbach, Ludenau, Lüneburg, Mühlhausen, Neumühlen, Neustadt a. S., Offenburg, Oranienburg, Osterwieck, Plaunheim, Neulingen, Kolben, ditmold, Rudolstadt, Müßigheim, Seddenheim, Spiegelberg, Strahburg, Tübingen, Wehlar, Zuffenhausen je 100, Flörsheim, Oberbettingen je 80, Osnabrück 75, Burg-

Table with 2 columns: Description of expenses and Amount. Total sum: 30 804,39 M.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Bekanntmachung des Vorstandes. Der Vorstand beschloß in seiner letzten Sitzung, für das erste Quartal dieses Jahres einen Extrabeitrag auf Grund § 9 des Statuts zu erheben.

Im Januar sandten Ueberschüsse ein: Croßen 200, Breslau 200, Bergedorf 200, Schweidnitz 150, Harburg 150, Liegnitz 100, Haan 100, Ohligs 100, Braunschweig 100, Halle 60, Freiberg 40 M. Summa: 1400 M.

Verfallungs-Anzeiger.

Witbesheim, Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr findet im Gewerkschaftshause eine öffentliche Holzarbeiter-Verfallung statt.

Anzeigen.

Burgstienfurt (Zentrale der Zahlstelle Rheine, Westf.). Das Verkehrslokal der Holzarbeiter befindet sich bei Witte ter Meer. Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten.

Karl Stoll, Maschinist, geboren am 1. 8. 89 zu Wiflingen, wird von der Zahlstelle München gesucht.

Alexander Held, Tischler, geb. 29. Mai 1879 zu Berlin, wird von seiner Mutter gesucht.

Suche sofort einen tüchtigen, nicht zu jungen Möbeltischler, auf gute furnierte Arbeit, der auch gut polieren kann.

Tüchtiger Maschinentischler nicht unter 25 Jahren, gesucht von W. C. Brinden's Möbelfabrik Sanderleben, Schleswig.

Suche sofort einen tüchtigen, nicht zu jungen Möbeltischler, auf gute furnierte Arbeit, der auch gut polieren kann.

Ein tüchtiger Holzdrechsler der gut polieren kann sofort für dauernde Stellung gesucht.

Tüchtiger Kaminmacher als Vorarbeiter nach Hessen gesucht.

Suche für sofort einen tüchtigen jungen Drechsler auf Bau- und Möbelarbeit für dauernd.

Gummi-Drechsler auf Gummifederhalter perfekt eingearbeitet, für dauernde lohnende Arbeit sofort gesucht.

10 tüchtige Gesellen auf Beddig-Wulst-Etliche sucht sofort auf dauernde Arbeit.

1 tüchtiger Korbmacher auf Beschlagenes und Reparatur gesucht.

1 oder 2 zuverlässige Korbmacher für grün und weiß Beschlagenes sucht.

Gesucht werden 5 tüchtige Korbmacher auf alle vorkommenden Arbeiten.

2 Korbmacher auf Ballonkörbe für gleich gesucht.

tüchtiger Gestellarbeiter, welcher auch in der modernen Beddig-Möbel-Arbeit firm ist, bei gutem Lohn für dauernd gesucht.

2 tüchtige Bürstenmachersgehilfen zum Bechen und Einziehen gesucht.

Tüchtiger Bohrer gesucht.

Suche auf sofort einen zuverlässigen Bohrer auf Beschware.

Einen jüngeren Korbmachersgehilfen auf Mattarbeit stellt ein.

2 tüchtige Bürstenmachersgehilfen zum Bechen und Einziehen gesucht.

Suche auf sofort einen zuverlässigen Bohrer auf Beschware.

Der praktische Tischler von Hermann Walde. Vollständig umgearbeitet und stark vermehrt von E. Lugst. Elegant gebunden 20 Mark 15 M.

Tischler-Fachschule Blankenburg. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Techniker und Zeichner.

Fabrik-Verkauf. Wegen beabsichtigter Zusammenlegung unserer Betriebe in Beerfelden u. Heidelberg sehen wir unsere Beerfelder Fabrik hiermit dem Verlaufe aus.

Reform-Putzhobel „Matador“. Gesehlich geküht, übertrifft unstreitbar alle bisher existierenden Putzhobel.

B. Kolscher's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen. 8- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. Ausbildung & Vertiefung, Technik u. Zeichner (Honor. mäßig).

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Staatlich cubr. Progr. kostenlos.

Tischlerei in Borort v. Halle S. zu verl. Reichl. Aufträge vorhanden.

Leim-Wärm- u. Trockenöfen. Wärmplatten, Zink-Zulagen etc. in bester Ausführung billigt.

Tischler-Fachschule Detmold. gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, große Hör- und Zeichen-Säle.

Reform-Putzhobel „Matador“. Gesehlich geküht, übertrifft unstreitbar alle bisher existierenden Putzhobel. Gebr. Genuit, Cassel 12.